vinetur

Zwei Napa-Weingüter bitten einen Bundesrichter, County-Beschränkungen auszusetzen

Die Anträge richten sich gegen eine Forderung über 2 Millionen Dollar für Straßenausbau, Genehmigungen für Veranstaltungen und Beschränkungen privater Verkostungen vor einer Anhörung am 20. November.

Freitag, 2. Oktober 2026



Zwei Weingüter im Napa Valley haben einen Bundesrichter gebeten, Napa County daran zu hindern, umstrittene Beschränkungen für ihren Betrieb durchzusetzen, während eine umfassendere Klage über die Weinbauvorschriften des Countys voranschreitet. Damit zeichnet sich ein Rechtsstreit ab, der beeinflussen könnte, wie Weingüter in einer der wichtigsten Weinregionen des Landes Verkostungen, Besucher und Veranstaltungen handhaben.

Summit Lake Vineyards & Winery und Smith-Madrone reichten am 30. September beim U.S. District Court for the Northern District of California drei Anträge auf einstweilige Verfügung ein. Nach den in einer am Donnerstag veröffentlichten Pressemitteilung beschriebenen Schriftsätzen wollen die Weingüter vorläufigen gerichtlichen Schutz vor dem, was sie als neue County-Beschränkungen bezeichnen, die eine Vorgabe zur Straßensanierung, Genehmigungen für Weingutsveranstaltungen und Grenzen für private Verkostungen nach Terminvereinbarung betreffen. Eine Anhörung ist für den 20. November um 10 Uhr vor U.S. District Judge Charles R. Breyer in San Francisco angesetzt.

Die Anträge sind Teil eines größeren Bundesverfahrens, Hoopes Vineyard LLC et al. v. County of Napa, Case No. 3:24-cv-06256-CRB, in dem mehrere Teile des Napa-County-Regelwerks für Weingüter angefochten werden. Die jüngsten Schriftsätze konzentrieren sich darauf, ob das County bestimmte Anforderungen schon jetzt durchsetzen darf, bevor über die umfassendere Klage entschieden ist.

Im ersten Antrag macht Summit Lake geltend, Napa County versuche, das Weingut zu zwingen, mehr als 2 Millionen Dollar für den Ausbau einer gemeinsam genutzten privaten Straße auf gewerbliche Standards zu zahlen, obwohl das vom County angeführte Verkehrsproblem nach Angaben des Weinguts von vielen Grundstücken verursacht werde, die dieselbe Straße nutzen. Das Weingut sagt, sein Tagesgeschäft würde nicht mehr Fahrzeuge verursachen, und argumentiert, es sei verfassungswidrig, ein kleines Unternehmen die Kosten eines größeren, gemeinsam genutzten Problems tragen zu lassen. Diese Argumentation stammt aus dem Schriftsatz des Weinguts; die vollständige rechtliche Erwiderung des Countys war in dem am Donnerstag veröffentlichten Material nicht enthalten.

Der zweite Antrag richtet sich gegen die Art und Weise, wie Napa County Weingutsveranstaltungen reguliert. Summit Lake und Smith-Madrone sagen, die County-Regeln erlaubten ihnen bereits Aktivitäten, die Teil des normalen Weingutsbetriebs seien, darunter Erntefeiern, Winzerdinner und Speisen- und Weinpaarungen. Sie argumentieren, dass das County für kleinere, routinemäßige Zusammenkünfte dasselbe Genehmigungsverfahren anwendet wie für größere kommerzielle Veranstaltungen, was aus ihrer Sicht zu einer unnötigen Hürde für den Empfang von Besuchern führt. Der Antrag beanstandet außerdem das Verfahren des Countys zur Genehmigung größerer geschäftlicher Veranstaltungen; die Weingüter argumentieren, das System gebe den Behörden zu viel Ermessensspielraum darüber, welche Veranstaltungen vorankommen dürfen.

Der dritte Antrag dreht sich um private Weinverkostungen, ein zentrales Thema für kleinere Weingüter, die auf Direktvertrieb an Verbraucher angewiesen sind. Smith-Madrone argumentiert, Napa County habe zuvor zwei Bundesgerichten mitgeteilt und auch in eidesstattlichen Auskünften im Discovery-Verfahren erklärt, dass die Genehmigung von 1973 des Weinguts private Verkostungen nach Terminvereinbarung ohne Besucherobergrenze erlaube. Dem Antrag zufolge ist das County inzwischen umgeschwenkt und sagt nun, es wisse nicht genau, was die Genehmigung erlaube. Summit Lake argumentiert, dass seine Genehmigung von 1984 Verkostungen, die der Allgemeinheit offenstehen, verbiete, terminierte private Besuche jedoch nicht untersage, die das Weingut nach eigenen Angaben seit Jahrzehnten anbietet.

Summit Lake widerspricht außerdem der Berufung des Countys auf eine alte Schätzung in seinem ursprünglichen Antrag von 1984, in der „2“ Besucher pro Woche genannt wurden. Das Weingut sagt, diese Zahl sei nie als Höchstgrenze beschrieben worden und dürfe jetzt nicht als dauerhafte Obergrenze behandelt werden. In den Schriftsätzen sagen beide Weingüter, die derzeitige Auslegung des Countys bedrohe sie mit Geldstrafen oder betrieblichen Einschränkungen auf der Grundlage von Standards, die entweder nie klar festgelegt worden seien oder sich im Laufe der Zeit verschoben hätten.

Ein zentraler Bestandteil der Argumentation der Weingüter ist, dass maßgebliche County-Regeln zu unbestimmt seien, um fair durchgesetzt zu werden. Den Anträgen zufolge haben County-Beamte in Schriftsätzen vor Gericht eingeräumt, dass es keine formellen Definitionen für Begriffe gebe, die im Zentrum des Streits stehen, darunter „public tasting“, „private tasting“, „winetasting“, „advertising“ und „unsolicited“. Die Weingüter sagen, County-Beamte hätten stattdessen auf die aus ihrer Sicht gewöhnliche Bedeutung dieser Begriffe verwiesen, ohne schriftliche Vorgaben oder Verordnungen, an denen sich Unternehmen mit Zuversicht orientieren könnten.

Die Schriftsätze verweisen außerdem auf County-Unterlagen, die nach Angaben der Weingüter langjährige interne Bedenken wegen der Unklarheit der Regeln zeigen. Sie verweisen auf eine Warnung aus dem Jahr 2009 von Napa-Planungsmitarbeitern an das Board of Supervisors, dass die Weingutsregeln des Countys neu ausgelegt werden könnten und als willkürlich erscheinen könnten. Außerdem zitieren sie ein Memo aus dem Jahr 2015, das dieselben Regeln als unpräzise und ohne sinnvolle Orientierung beschrieb. Darüber hinaus verweisen die Anträge auf einen Bericht der Napa County Civil Grand Jury aus dem Jahr 2025, der feststellte, dass Weingutbesitzer Verwirrung darüber geäußert hätten, was nach ihren Genehmigungen als Verkostung oder Veranstaltung gilt, und dass sich die Genehmigungsauflagen von Weingut zu Weingut erheblich unterscheiden.

Die Weingüter sagen, sie beantragten nicht, dass das Gericht neue Geschäftsmodelle genehmige. Stattdessen argumentieren sie, sie sollten die Praktiken fortsetzen dürfen, die es ihren Angaben zufolge seit Jahrzehnten gebe, während die größere Klage anhängig sei. Ihr Anwalt Joseph Infante sagte in der Mitteilung, es gehe in dem Fall darum, Napa County dazu zu verpflichten, Positionen einzuhalten, die das County zuvor schriftlich und unter Eid anerkannt habe.

Der Streit wird aufmerksam verfolgt, weil Napa Countys Flächennutzungs- und Weingutsregeln oft beeinflussen, wie Unternehmen im Weinland über Compliance, Gastgewerbe und Direktverkauf denken. Private Verkostungen, Besuche nur nach Terminvereinbarung und kleine Veranstaltungen sind für viele Weingüter wichtige Umsatzkanäle, insbesondere für Erzeuger, die eher vom Weintourismus als von großem Publikumsverkehr abhängen. Ein Gerichtsurteil, das den Vollzugsansatz von Napa

County einschränkt oder bestätigt, könnte prägen, wie Weingüter im County und möglicherweise anderswo alte Genehmigungen auslegen, Besuchererlebnisse planen und das rechtliche Risiko rund um Veranstaltungen und Verkostungen steuern.

Der Fall verdeutlicht auch eine breitere Spannung in der Getränkeindustrie zwischen lokaler Flächennutzungsregulierung und der Art, wie moderne Weingüter arbeiten. Viele Erzeuger verbinden Landwirtschaft, Produktion, Gastgewerbe und Tourismus in einem einzigen Geschäftsmodell. Wenn die Genehmigungssprache alt oder unklar ist, können Streitigkeiten darüber, ob eine Verkostung, eine Speisenbegleitung oder ein Dinner erlaubt ist, direkte Auswirkungen auf Personal, Besuchereinnahmen und langfristige Investitionen haben.

Für den Moment ist die unmittelbare Frage vor dem Gericht enger gefasst: Soll Napa County vorübergehend daran gehindert werden, die angefochtenen Beschränkungen gegen Summit Lake und Smith-Madrone durchzusetzen, bevor die größere Klage entschieden ist? Richter Breyer soll diesen Antrag im November anhören.